

Der Wettbewerb soll siegen

Akkreditierung von Bachelor und Master: Gleiche Chancen für Universitäten und Fachhochschulen

VON DETLEF MÜLLER-BÖLING

Ein neues Schlagwort beherrscht die hochschulpolitische Szene: Akkreditierung. Und manchem geht es dabei wie vor dem ersten Sex: Schon immer wollte man mehr darüber wissen, traute sich aber nicht zu fragen. Also tut Aufklärung not, zumal die Konsequenzen für das deutsche Hochschulsystem mehr als revolutionär sind.

Innerhalb kürzester Zeit haben die deutschen Hochschulen, dem angloamerikanischen Vorbild folgend, über 100 Bachelor- und Master-Studiengänge eingerichtet, um mit ihren Studienangeboten wieder international konkurrenzfähig zu werden. Das alles geschah mehr oder weniger im rechtsfreien Raum noch bevor das neue Hochschulrahmengesetz, das Bachelor- und Master-Abschlüsse neben dem Diplom zulässt, verabschiedet war. Das Hochschulrahmengesetz hat auch hier lediglich die Entwicklung in den Hochschulen nachgezeichnet. Das Beispiel zeigt aber auch überdeutlich, was passiert, wenn die Hochschulen von den Ketten der staatlichen Regulierung befreit werden. Kreativität, Initiative und Ideenreichtum sind dann entfesselt.

Damit das Ganze aber nun nicht in ein Chaos entartet, praktizieren andere Hochschulsysteme Akkreditierung als Form der nicht-staatlichen Qualitätssicherung. Die Akkreditierung bricht vor allem mit dem Dogma, daß alle Hochschulen gleich sind oder sein müßten. Statt dessen betont sie Differenzierung und Wettbewerb – und setzt dabei auf Qualität. An die Stelle von Rahmenstudienordnungen treten Mindeststandards für die Qualität der Lehre. Die zeitaufwendig erarbeiteten Rahmenstudienordnungen setzen bisher verbindliche Obergrenzen für die Bewegungsfreiheit. Mindeststandards dagegen müssen zwar eingehalten werden; dadurch garantieren sie Qualität. Nach oben sind sie aber offen. Und damit erlauben sie, besser und anders zu sein als die anderen, und dies auch zu sagen – ein Novum in der deutschen Hochschullandschaft.

Das Verfahren der Akkreditierung ist international erprobt: Hochschulen entwickeln einen neuen Studiengang. Anschließend beantragen sie die Akkreditierung. Experten prüfen das Angebot auf die festgeleg-

ten Mindeststandards, und bei einem positiven Votum gilt ein Angebot für einen begrenzten Zeitraum als akkreditiert.

Das hört sich zuerst einmal einfacher an, als es ist. Der Teufel steckt wie immer im Detail. Als geborene Perfektionisten stehen wir in Deutschland in der großen Gefahr, auch die Mindestanforderungen bis ins letzte Detail einzelner Vorlesungssegmente zu definieren. Das wäre genau der falsche Weg. Gefragt sind vielmehr globale Kriterien mit Zielcharakter wie:

- Glaubwürdigkeit eines Angebots gegenüber Nachfragern
- die Qualifikation muß auch an anderen Hochschulen anerkannt werden und damit nachhaltig gelten

Entläßt der Staat die Hochschulen tatsächlich in die versprochene Freiheit?

– Integration des Angebots in ein übergreifendes Bildungs- und Ausbildungssystem der anbietenden Hochschule.

Auch wenn diese Merkmale schwieriger zu ermesen sind als etwa das Vorhandensein einer dreistündigen Vorlesung in Thermodynamik, sollte auf derartige zielbezogene Kriterien in keinem Fall verzichtet werden. Sonst hätten wir wieder alles ohne Freiheitsspielraum festgelegt und betonieren unsere Curricula nur neu ein.

Wer wird von einem derartigen Studiengangs-TÜV profitieren? Eigentlich alle: die Hochschulen, da sie mehr Freiheiten erhalten, attraktive Studienangebote zu entwickeln und dabei nicht mehr den Umweg über die Ministerien gehen müssen; die Studierenden, da sie von einem bestimmten Maß an Qualität ausgehen, darüber hinaus aber eine größere Vielfalt an Angeboten erwarten können; und die Ministerien selbst, die sich nicht mehr um jede Einzelheit einer Studienordnung kümmern müssen.

Auch wenn das „Ob“ der Akkreditierung zwischen den hochschulpolitischen Akteuren in Deutschland mittlerweile nicht mehr strittig ist, gibt es um das „Wie“ noch Gerangel. Dabei geht das Parallelprogramm der Machtkräfte in drei Richtungen: Einmal wird um die Differenzierung oder Nivellie-

rung zwischen Universitäten oder Nivellierung zwischen Universitäten und Fachhochschulen gerungen. Dürfen Fachhochschulen auch Master-Abschlüsse anbieten und damit in die Wertigkeit von Universitätsdiplomen aufsteigen? Werden Universitäten Bachelor-Programme anbieten und mit kurzen Studiengängen den Fachhochschulen Konkurrenz machen?

Der Kampf scheint entschieden zugunsten des Wettbewerbs zwischen den Hochschulen. Das zweite Machtspiel betrifft den Einfluß von Staat und Hochschulen auf die zukünftige Akkreditierung. Entläßt der Staat die Hochschulen tatsächlich, wie in Sonntagsreden immer wieder betont wird, in die Autonomie, hier konkret in die Freiheit der Selbstregulierung ihrer Qualität? Der Machtkampf tobt noch und wird wohl auch nicht so schnell abschließend entschieden sein, zumal Arbeitsplätze von Ministerialbeamten daran hängen. Letztlich geht es auch noch um die Kulturhoheit der einzelnen Länder gegenüber dem Versuch, gleiche Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland zu sichern. Soll es länderspezifische Standards geben oder müssen wir wieder in mühseligen Abstimmungsprozessen um bundesweite Regelungen kämpfen? Diese Frage scheint bereits heute falsch gestellt, da die Perspektive eher international, denn regional ausgerichtet sein müßte.

Am 4. Dezember wird die Kultusministerkonferenz über ihr weiteres Vorgehen beraten und dabei insbesondere über die beiden letzten Fragen streiten. Auch wenn sich einzelne Länder einer gemeinsamen Lösung verweigern, wird es keinen Stillstand wie in den vergangenen Jahren mehr geben: Hinter und vor den Kulissen ist zu hören, daß akkreditierungsbereite Länder nicht mehr zwingend auf eine Lösung im Konsens warten wollen, sondern auch handeln werden, wenn es keine Einstimmigkeit gibt. Zum anderen drohen hochschuleigene Akkreditierungsverbände die Sache selbst in die Hand zu nehmen, auch wenn der Staat nicht mitmacht. Insofern ist gesichert, daß etwas passiert in Sachen Akkreditierung. Nicht zuletzt das macht Mut für die Zukunft.

Der Autor ist Leiter des Centrums für Hochschulentwicklung der Bertelsmann-Stiftung und Hochschulrektorenkonferenz.